

Brandenburg

Märkische Allgemeine - Potsdamer Tageszeitung vom
16.08.2016



Seite: 9

Ausgabe: Hauptausgabe

Ressort: Brandenburg / Berlin

Dombrowski empört über fehlendes Gedenken

Der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Dieter Dombrowski (CDU), hat der rot-roten Landesregierung fehlendes Gespür anlässlich des 55. Jahrestags des Mauerbaus vorgeworfen. Auf vielen Veranstaltungen sei der Opfer von Schießbefehl, Stacheldraht und Mauerbau gedacht worden, so Dombrowski. "Auffällig war dabei, dass sich Vertreter von SPD und Linke bei der Teil-

nahme sehr zurückgehalten haben." So habe kein Regierungsmitglied an den Gedenkveranstaltungen teilgenommen. "Eltern und Geschwister von Maueropfern haben vielfach auch heute noch weder Gewissheit über Todesumstände noch einen Ort zum Trauern", so Dombrowski. "Es ist erschütternd und schäbig, wenn Menschen in verantwortlichen Funktionen im Lande nicht die Spur von Mitgefühl aufbringen können."

Am vergangenen Samstag, als sich der Bau der Berliner Mauer zum 55. Mal jährte, fanden an der Glienicker Brücke in Potsdam zwei Gedenkveranstaltungen statt, zu der mehrere Hundert Teilnehmer kamen - einmal organisiert von der CDU, einmal von der Stadt Potsdam.

Potsdamer Neueste Nachrichten vom 16.08.2016



Autor: Marco Zschieck

Quellrubrik: Brandenburg

Seite: 12

Ausgabe: Potsdamer Neueste Nachrichten

Ressort: Lokales, Berlin, Brandenburg

Weblink: pnn.de

Streit um Mauergedanken

Landesregierung verteidigt abwesende Minister. Linke-Abgeordnete möchte an Grenzsoldaten erinnern

Von Marco Zschieck

Potsdam - Das Gedenken an den Bau der Berliner Mauer am 13. August sorgt in der Landespolitik für Irritationen. In einer am Montag verbreiteten Mitteilung kritisiert der Vize-Landtagspräsident Dieter Dombrowski (CDU) den Umgang der Landesregierung mit dem Gedenktag. Anlässlich des 55. Jahrestages des Mauerbaus sei am vergangenen Wochenende auf vielen Veranstaltungen den Opfern von Schießbefehl, Stacheldraht und Minenfeld gedacht worden. Auffällig war dabei, dass sich Vertreter von SPD und Linke bei der Teilnahme sehr zurückgehalten haben, heißt es in der Mitteilung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, deren Vorsitzender Dombrowski ist. "Was sich SPD und Linke in Brandenburg leisten, ist

beschämend." Dombrowski ist dem Thema persönlich eng verbunden, schließlich wurde er selbst 1974 in der DDR wegen versuchter Republikflucht zu vier Jahren Haft verurteilt. In Brandenburg habe sich kein einziges Mitglied der rot-roten Landesregierung an den Gedenkveranstaltungen beteiligt. "Es ist erschütternd und schäbig, wenn Menschen in verantwortlichen Funktionen im Lande nicht die Spur von Mitgefühl aufbringen können."

Die Landesregierung wies die Kritik am Montag zurück. An der zentralen Gedenkveranstaltung in Berlin habe Staatssekretär Thomas Kralinski (SPD), Chef der Landesvertretung in der Bundeshauptstadt, teilgenommen, so Regierungssprecher Andreas Beese. Zudem habe Kulturstaaatssekretär Martin Gor-

holt am Sonntag eine Veranstaltung zum Mauergedanken an der Heilandskirche in Sacrow besucht und ein Grußwort gehalten.

Die Landesregierung habe alle Veranstaltungen besucht, zu denen sie eingeladen war, so Beese. Formal ist das korrekt: Staatssekretäre gehören zur Landesregierung. Brandenburger Minister haben allerdings nicht an den Veranstaltungen teilgenommen, wie Beese einräumte. Es sei Urlaubszeit. Dafür gebe es klare Vertretungsregeln. Das ranghöchste, verfügbare Mitglied der Landesregierung habe an der Gedenkveranstaltung teilgenommen. In Berlin - auch dort sind Schulferien - nahm der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) an der Gedenkveranstaltung teil. Dombrowski beklagt jedoch nicht Igno-

ranz, sondern auch Relativierung von Verbrechen: Anlass ist das Sommerfest der Linken in Wittstock (Ostprignitz-Ruppin). Dort trafen sich die Genossen bei Kaffee, Kuchen, Sport und Spiel am Jahrestag des Mauerbaus. Mit dabei war auch die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig, ehemals Fraktionsvorsitzende im Landtag. Sie habe auf die gefallenen Soldaten an der Mauer hingewiesen, heißt es in der Lokalzeitung.

Mächtig bestätigte gegenüber den PNN, dass über das Thema gesprochen worden sei. Sie wollte darin auf Nachfrage aber keine Relativierung erkennen. "Ich habe den Mauerbau nicht verteidigt." Die Äußerung sei im Zusammenhang einer Diskussion zwischen einem früheren Mitglied der Kampfgruppen und einem aus Westdeutschland zugezogenen Parteimitglied gefallen. "Es gab auf beiden Seiten Opfer", so Mächtig. Dass

auch Grenzsoldaten getötet wurden, sei eine Tatsache.

Für Dombrowski hat Mächtig damit Täter und Opfer auf eine Stufe gestellt. Die getöteten Flüchtlinge hätten nur ihre Freiheit gesucht. Die Grenzsoldaten seien hingegen nicht gegen ihren Willen an der Mauer eingesetzt worden.

Urheberinformation: PNN

Potsdamer Neueste Nachrichten vom 16.08.2016

POTSDAMER
Neueste Nachrichten

Seite: 12

Ressort: Lokales, Berlin, Brandenburg

Weblink: pnn.de

Quellrubrik: Brandenburg

Ausgabe: Potsdamer Neueste Nachrichten

Volksinitiative noch im Herbst Gegner der Kreisreform brauchen 20 000 Stimmen

Potsdam - Die Volksinitiative gegen die geplante Kreisreform in Brandenburg soll noch in diesem Herbst anlaufen. Das sagte eine Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag und bestätigte damit einen Bericht der "Märkischen Allgemeinen Zeitung".

"Es wird kein Problem sein, die nötigen 20 000 Stimmen im ersten Schritt zusammenzubekommen", sagte CDU-

Landeschef Ingo Senftleben. "Und auch über den Erfolg eines Volksbegehrens mache ich mir keine Gedanken." Die CDU hatte die Initiative vor rund vier Wochen angekündigt. Sie wird auch von FDP und Freien Wählern getragen.

Die Kampagne, die im letzten Schritt in einen Volksentscheid münden könnte, werde "ein klares Ja zu den bestehenden 14 Landkreisen und 4 kreisfreien

Städten enthalten und ein klares Nein zu Zwangsfusionen" ergeben, sagte Senftleben. Die rot-rote Regierung hatte Mitte Juli die umstrittene Kreisgebietsreform im Landtag mit eigener Mehrheit durchgesetzt. Demnach soll die Zahl der 14 Landkreise und 4 kreisfreien Städte auf etwa 10 Regionalverwaltungen reduziert werden. dpa

Urheberinformation: PNN